

Rainer Sekunde wollte die Bahn nicht mal geschenkt

„Rinn in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln“, oder noch besser ein Karnevalsbeitrag im Amtmann-Schroeter-Haus: „Lilienthal braucht keine Windkraftanlagen. Hier sorgt die CDU für genügend Wirbelwind: Für die Straßenbahn – gegen die Straßenbahn, für die Straßenbahn – gegen die Straßenbahn, dafür – dagegen, dafür – dagegen.“ Bei so viel Kehrtwendungen kann einem ja schwindlig werden, und der Regisseur ist Herr Sekunde.

Ein Herr Sekunde, der schon vor Jahren verkündete, er wolle die Straßenbahn in Lilienthal nicht einmal geschenkt haben, ein Herr Sekunde, der während der „Stahlhut-Veranstaltung“ stolz darauf hinwies, dass auf der CDU-Liste für die bevorstehende Gemeinderatswahl sich kein Straßenbahnbeifürworter befände, dafür hätte er gesorgt. Ein Herr Sekunde, der im Namen der CDU eine Bürgerbefragung durchführen lässt und sich heute über das positive Abstimmungsergebnis dieser Befragung fadenscheinig hinweg setzt, ein Herr Sekunde, der unseren Landtagsabgeordneten Axel Miesner, der sich vorbildlich für die Finanzierung der Straßenbahn und somit für unseren Ort und die Mehrheit der Bürger eingesetzt hat, attackiert und bezichtigt, er hätte die CDU im Regen stehen lassen, nur weil Miesner sich an diesem Abend nicht in den Fraktionszwang der CDU einbinden ließ. Ein Herr Sekunde, der unserem Bürgermeister Hollatz und auch den Gemeindefachleitern vorwirft, sie hätten die bisherigen Planungskosten für die Linie 4 verschleiert, obwohl er die jährlichen Haushaltsatzungen mit beschlossen hat, ist unredlich. Hat er diese Satzungen nicht gelesen, oder hat er sie nicht verstanden?

Können wir Lilienthaler Bürgerinnen und Bürger uns so einen wankelmütigen Rats Herrn Sekunde noch leisten? Ich meine nein!

REINHOLD KLEPSCH, LILIENTHAL

Gratulation zu diesem Durchbruch der Vernunft

Die Reaktionen waren natürlich zu erwarten. Aber alle hatten eins gemeinsam: Man wird mit Dingen zugeschüttet, die nicht das eigentliche Problem darstellen.

Völlig unglaublich ist die Reaktion Bremer Politiker, wenn sie als Vertreter des höchstverschuldeten Bundeslandes mit den daraus resultierenden Existenzsorgen der ebenfalls schon höchstverschuldeten Gemeinde Lilienthal Vorhaltungen machen wollen, wenn sie dieser Verschuldungspolitik vernünftigerweise nicht länger folgen kann und will.

Es war vorauszusehen, dass CDU und FDP nach sorgfältigem Studium und Einschätzung der finanziellen Auswirkungen zwangsläufig zu dem Ergebnis kommen mussten, dass trotz aller berechtigten Wünsche angesichts der desolaten Finanzsituation an eine Realisierung des Projektes Linie 4 unter den gegebenen Bedingungen nicht zu denken ist. Zu diesem Durchbruch der Vernunft kann man ihnen nur gratulieren. Es ist ein Anfang gemacht. Die BSAG muss erkennen, dass sich Bahnverlängerungen in die dünner besiedelten Umlandgemeinden betriebswirtschaftlich wegen zu geringem Fahrgastaufkommens nicht rechnen. Zu versuchen, die Risiken deswegen in die anderen Gemeinden zu verlagern, ist nicht die Lösung des Problems.

Es muss endlich in das Bewusstsein der Allgemeinheit gelangen, dass wir uns alle von dem ungebremsten Anspruchsdenken verabschieden müssen. Wir müssen uns angewöhnen, für unsere Probleme bescheidenere Lösungen zu finden. Es ist eine Borniertheit, wenn man meint, auf einem der höchsten Lebensniveaus der Welt noch eine Kleinigkeit mehr haben zu müssen, egal wie viele Millionen die kostet. Die Zukunft kann nicht zugunsten von gegenwärtigen zweifelhaften peripheren Wohlstandsmehrungen verfrühstückt werden. Und die Politik hat die Aufgabe, das den Leuten beizubringen und nicht mit Blick auf die nächsten Wahlen die Erwartungen noch wieder bis ins grenzenlose zu erhöhen.

ACHIM RIEKE, BREMEN

CDU stampft Investitionsprojekt ein

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man über die CDU nur lauthals lachen. Da werden von Lilienthaler Seite Verträge gebrochen und Vereinbarungen einseitig gekippt, doch ein CDU-Ratsmitglied fordert unverfroren Entschädigungszahlungen aus Bremen. Da wird strikt auf Einhaltung von in 2007 festgelegten Kostengrenzen bestanden, doch ein CDU-Ratsmitglied hat offensichtlich noch nie etwas von inflationsbedingten Preissteigerungen oder Entwicklungen am Rohstoffmarkt gehört.

Da wird von einem CDU-Ratsmitglied ausdrücklich beteuert, dass es für das Straßenbahnprojekt sei; bei der entscheidenden Abstimmung wird dann aber dagegen votiert. Und da gibt es auf Seiten der CDU-Ratsmitglieder Mitläufer, die ohnehin nur ihre persönlichen Ziele zu verfolgen scheinen und denen wiederholt die Meinung der großen Mehrheit der Bevölkerung völlig egal zu sein scheint.

Und überhaupt: Da werden reihenweise CDU-Ratsmitglieder zu „Wendehälsen“, die zum wiederholten Male (wie peinlich) eine politische „Rolle rückwärts“ vollführen und damit für eine Wankelmütigkeit und Unzuverlässigkeit in der Lilienthaler Politik sor-

gen, die man andernorts (Bremen, Hannover, Lüneburg, Berlin und Brüssel) nur mit Unverständnis und Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen kann.

Über ihren eigenen Tellerrand hinaus kann die Lilienthaler CDU (mit einer Ausnahme) offensichtlich nicht blicken. Anders lässt sich der Widerspruch der örtlichen CDU-Politik zu der Politik der Parteikollegen in Bremen und Niedersachsen kaum erklären. Selbst die Bundesregierung unter Führung einer CDU-Kanzlerin verfolgt angesichts der wirtschaftlichen Gesamtsituation eine andere Linie: Sie bringt ein milliardenschweres Konjunkturtherilfeprogramm auf den Weg, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu retten. Die Lilienthaler CDU macht genau das Gegenteil: Sie stampft ein länderübergreifendes, kurzfristig realisierbares Investitionsprojekt kurzerhand ein.

Man könnte lauthals lachen. Insbesondere, wenn man zwei Tage später in der Zeitung liest, die CDU habe sich mit ihrer Ablehnung keinesfalls von der Linie 4 verabschiedet, sondern wäre zu weiteren Gesprächen und Verhandlungen bereit. Aber zum Lachen ist die Situation leider zu ernst und zu traurig.

HARTMUT BARTELS, LILIENTHAL

Herr Miesner hat Ignoranz in seiner Partei nicht verdient

Angeblich ist die Linie 4 also am Geld gescheitert!? Millionen Euro sind in Planungs- und Gutachtenkosten verbrannt worden, kein Problem. Kein Wort wird verloren über die Millionen für den Entlastungsstraßenbau, der schließlich auch teurer geworden ist. Die bauliche Umgestaltung der Hauptstraße ist in weite Ferne gerückt, eine dort demnächst anstehende Abwasserkanalisation wird Millionen verschlingen, beides wäre mit dem Bau der Straßenbahn sofort möglich gewesen.

Oder ist die Straßenbahn nicht schlicht an der unglaublichen Kurzsichtigkeit der CDU gescheitert? Sie war keine Sekunde vom Doppelbeschluss (Straße und Bahn) wirklich überzeugt, ein maßgebliches Mitglied wollte vor Jahren nicht mal „die Straßenbahn geschenkt“. Nun erfolgte ein neuer Schwank gegen die Straßenbahn, mit Wortbruch gegenüber Bremen und dem erklärten Willen der Bevölkerung dank des Hintertüchens „zu teuer“.

Alles soll nun bleiben wie es ist, schlimmer noch: Über Entlastungsstraße und Hauptstraße werden noch mehr Autos den bereits ausgelasteten Parkplatz der Endhaltestelle der Straßenbahn in Borgfeld ansteuern. Eine attraktive umsteigefreie Straßenbahnverbindung könnte das verhindern, und sie könnte gerade auch von älteren und behinderten Menschen in Lilienthal genutzt werden.

Es ist mir ein völliges Rätsel, wie eine

Gruppierung, die den fatalen Stillstand in Lilienthal mit zu verantworten hat, sich absurderweise „Pro Lilienthal“ nennen kann. Von den Lilienthalern Ratsmitgliedern der Partei mit dem C bin ich maßlos enttäuscht, ausdrücklich bedanken möchte ich mich für die Arbeit und die Standhaftigkeit des Landtagsabgeordneten Herrn Miesner, der diese Ignoranz in seiner Partei nicht verdient hat.

Im übrigen habe ich volles Verständnis für harsche Bremer Reaktionen, aber selbst Regressforderungen in Millionenhöhe wären für interessierte Kreise offenbar gut angelegtes Geld dafür, dass die Straßenbahn nicht kommt.

MARTIN ENDERLE, LILIENTHAL

Auf 90 Prozent dankend verzichtet

Da war sie nun also, die entscheidende Ratsitzung, in welcher die Realisierung des Straßenbahnprojektes Linie 4 schlussendlich zu Grabe getragen wurde. Hierin vermochten die Argumente der letztendlich obsiegenden Gegnerschaft wenig zu überzeugen. Denn ihr Auftreten zur Verhinderung dieses zukunftsweisenden Großprojektes erinnerte eher an das infantile Rumgeizicke pubertierender Teenagerinnen auf einem Pönyhof als an ein von ökologischer und ökonomischer Vernunft, chancenöffnender Weitblick und politischem Sachverstand getragenes Verhalten in einem Ratssaal.

Wie ein apokalyptisches Horrorszenario wurde immer wieder versucht, mit negativ gerechneten Zahlenwerken und zweifelhaften Gutachten ein drohendes Finanzdesaster den Bürgern Lilienthals zu suggerieren. Dass aber diese prognostizierten Zahlen rein spekulativ und nicht auf fundierten, nämlich schon vorliegenden, objektiven Erkenntnissen beruhten, wurde von Seiten der Gegnerschaft verschwiegen. Denn dass man sich Dinge schön, aber eben auch schlecht reden und rechnen kann, dürfte wohl unstreitig jedem bewusst sein. Hieraus jetzt die Ablehnung eines ökologisch sinnvollen Großprojektes (nämlich der gleichrangigen Kombination von Individualverkehr und schienengebundenem ÖPNV) herzuleiten, ist nicht nachvollziehbar.

Ebenfalls nicht nachvollziehbar war das Argument der Gegnerschaft, man sei nur bereit, der Höhe nach feststehende Kosten bis zu einem Betrag X zu tragen. Dieses käme ungefähr einer Sachlage gleich, nach der nicht mehr der Unternehmer die Preiskalkulation und -festlegung vornimmt, sondern der Käufer. Wäre ja mal interessant zu erfahren, wie in den Geschäften der Gegnerschaft reagiert würde, wenn die Kundschaft lediglich bereit wäre, die von ihr als Obergrenze deklarierten Preise bezahlen zu wollen.

Zu überzeugen vermochte vielmehr die Zusicherung der für die Fortsetzung dieses Projektes feststehenden Förderquote von 90

Prozent. Die Ablehnung einer derart hohen Förder- beziehungsweise Bezuschussungsquote kann nur mit Ignoranz oder gar Unvermögen einiger Ratsmitglieder kommentiert werden. Vertretbar ist sie indes nicht. Denn man stelle sich einmal vor, dass die jetzige staatliche Bezuschussung in Form der sogenannten „Abwrackprämie“ sich nicht auf 2500 Euro belaufen würde, sondern dass stattdessen 90 Prozent der Anschaffungskosten als staatliche Bezuschussung beim Neuwagenkauf gewährt würden. Ich glaube, innerhalb weniger Stunden wären sämtliche Neuwagenbestände aller Autohäuser in ganz Deutschland ausverkauft.

MATTHIAS KLEPSCH, LILIENTHAL

Zu den Themen „Leitbild“ und „Linie 4“:

Aufpassen, dass es kein Leidbild wird!

Dass eine Gemeinde ein Leitbild entwickeln will, ist positiv. Dass die Bürgerinnen und Bürger dazu befragt werden, ist unumgänglich. Der Politik dient das Ergebnis als verbindliche Orientierung für die Zukunftsentwicklung einer Gemeinde. So weit, so gut. Nur, vor dem Hintergrund der Bürgerbefragung in Lilienthal zur Linie 4 kann es zur Farce werden.

Es erscheint ein wenig dreist, wie sich die Akteure da abbilden lassen, wo einige von ihnen doch eine Woche vorher den Bürgern von Lilienthal klar gemacht haben, dass die Meinungsäußerung keinen „Deut“ wert ist. Das gleiche ist doch auch schon in Worpsswede passiert. Bürgerbefragung, lange Meinungsbildungsprozesse und am Ende spielt das bei der Gestaltung der Politik keine Rolle mehr. Die Befragten fühlen sich „auf den Arm genommen“, „verschaukelt“!

Also, Bürgerinnen und Bürger von Lilienthal, aufpassen. Wie ist gesichert, dass die Ergebnisse der Befragung auch in das Leitbild einfließen? Sind die Befragten noch in Entscheidungsprozess drin oder nur Objekte? Mich würde es nicht wundern, wenn die Beteiligung bei der Befragung – nach den jüngsten Erfahrungen – gering ausfällt. Schade, aber verständlich und eine Lehre für die, denen Bürgerinteressen bei wichtigen Entscheidungen so was von egal sind.

OTTO H. CLAUS, WORPSSWEDE

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar, sie werden aus den Zuschriften, die an die Redaktion gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihrer Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, bei denen die Nennung des Absenders nicht gewünscht wird, werden nicht veröffentlicht. Briefe, die per E-Mail an uns geschickt werden, müssen eine postalische Adresse enthalten. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.